

GLOBAL



VIEW

Unabhängiges Magazin

der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen
und des Akademischen Forums für Außenpolitik

3 | 2008

3 EURO



60 Jahre Menschenrechte



Kriege gehören ins
Museum.

HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM
1030 Wien · Arsenal · Straßenbahn D/O/18 · www.hgm.or.at



Wars belong into
Museums.

HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM
1030 Wien · Arsenal · Straßenbahn D/O/18 · www.hgm.or.at

Liebe Leserin! Lieber Leser!



Die universellen Menschenrechte werden 60 Jahre alt. Die Lehren aus dem 2. Weltkrieg wurden u.a. auch 1948 mit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gezo-gen. Am Cover ist Eleonore Roosevelt zu sehen: die Gattin des ehemaligen US-Präsidenten saß der UN-Menschenrechtskommission vor, die das Dokument erarbeitete. Zu Recht wird Frau Roosevelt deswegen zu den einflussreichsten Frauen im 20. Jahr-hundert gezählt.

Der Kaukasus ist ein weiteres Mal zum Schauplatz eines gewaltsamen Konfliktes geworden: der sogenannte "Kaukasische Fünftagekrieg" zwischen Georgien und Russland um die beiden abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien brachte nicht nur viel Leid über die lokale Bevölkerung, sondern löste auch globale Spannungen zwischen Russland und dem "Westen" aus.

Der Lissabonvertrag hat viele Wogen geschlagen - nicht nur wegen des negativen Ergebnisses in Irland. Obwohl der Reformvertrag für die weitere Inte-gration und die Handlungsfähigkeit der EU entschei-

dend wäre, scheint die Fatigué gegenüber Europa zu überwiegen. Vor allem aber muss endlich das Ver-trauen der europäischen Bürger in die EU-Institutio-nen aufgebaut werden - denn dieses ist weiterhin kaum vorhanden.

Österreich gibt sich gerne als Vorreiterland in Sa-chen Klimawandel und Umwelt. Allerdings wurde bei der CO₂-Reduktion im Kyoto-Protokoll wohl et-was großzügig kalkuliert. Das könnte den Steuerzah-ler bis zu einer Milliarde Euro kosten, wenn nicht bald entscheidende Maßnahmen ergriffen werden, um bis 2012 eine deutliche Senkung des CO₂-Aus-stoßes zu erreichen.

68 war lange ein Reizwort für das konservative Establishment in Westeuropa, insbesondere in Deutschland und Frankreich. 40 Jahre später scheint aber von den revolutionären Ideen nicht mehr viel übrig zu sein. Ganz im Gegenteil, die damalige Stu-dentenbewegung hat sich voll angepasst.

Johannes Langer
Chefredakteur

Impressum Herausgeber: Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger:** Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Büro:** A - 1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32 | Tel./Fax: +43 /1/ 512 85 21 | <http://www.globalview.at> | globalview@afa.at ■ **Chefredakteur:** Johannes Langer ■ **Redaktionsteam:** Mag. (FH) Klaudia Feurle; Mag. Hadmar V. Hölzl; Daniel Jokesch; Mag. Nadja Kwapil; Mag. Andrea Lehner; Julia Pass; Elisabeth Prammer; Petra Schiefer; Mag. Cäcilia S. Smekal; Martina Staudigl ■ **Illustration:** Daniel Jokesch ■ **Layout:** Johannes Langer ■ Nicht gekennzeichnete Bilder: Redaktion oder Autor; Titelbild: UN Photo, Rückseite: <http://www.flickr.com> / Blogrodent ■ **Druck:** Friedrich VDV Linz

Offenlegung der Blattlinie gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz Herausgeber: Österreichische Liga für die Vereinten Nationen und Akademisches Forum für Außenpolitik ■ **Eigentümer und Verleger** Akademisches Forum für Außenpolitik, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA) ■ **Sitz:** Johannesgasse 2/2/32, A-1010 Wien ■ **Unternehmer:** unabhängiger, eingetragener Verein (ZVR: 330335717); Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident) ■ Das GLOBAL VIEW ist das unabhängige und überparteiliche Magazin der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik und versteht sich als Informations- und Diskussionsplattform zu außen- und weltpolitischen Themen. Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar. ■ Auch wenn im Text aus Gründen der besseren Lesbarkeit weibliche Formen nicht explizit ausgeschrieben werden, beziehen sich alle personenbezogenen Formulierungen auf weibliche, wie männliche Personen.

Autoren



Dr. **CHRISTOPH LEITL** ist seit dem Jahr 2000 Präsident der Wirtschaftskammer Österreich. Von 2001-2005 war er Präsident der Europäischen Wirtschaftskammern (Eurochambres) und ist seit 2006 dort Ehrenpräsident. Außerdem nimmt er seit 2005 die Rolle des Präsidenten des Europäischen Wirtschaftsverbundes (SME-Union) ein.



Generalleutnant **CHRISTIAN SEGUR-CABANAC** ist Leiter des Führungsstabes im Generalstab des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Er ist zuständig für die teilstreitkraftüberschreitende Einsatzvorbereitung und Einsatzführung im österreichischen Bundesheer bei allen Einsätzen im In- und Ausland und hat die Führung der Kommanden der oberen (operativen) Führungsebene inne.



THIMNA BUNTE studied political science in France and Sweden and is currently in the Masters Programme of Peace and Conflict Studies in Uppsala. She is interested in research and practical work on the crossroads of conflicts and development, preferably in the Middle East and Africa.



Mag. **MATTHIAS C. KETTEMANN** hat das Studium der Rechtswissenschaften in Graz und Genf absolviert. Er ist derzeit Universitätsassistent am Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Universität Graz, sowie Mitherausgeber des *juridicum. zeitschrift für kritik | recht | gesellschaft* und Generalsekretär der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen in der Steiermark.



HANNES NEISS ist Student der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Nebenbei arbeitet er am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Bereich der politischen Partizipationsforschung. Er engagiert sich auch in der amnesty international Hochschulgruppe.



CHRISTIAN A. JACK is currently studying an undergraduate degree in International Relations at the University of Queensland in Australia. He is the founder and editor of "Contribute", an international relations magazine run in conjunction with Queensland University's United Nations Student Association.



THOMAS TÖDTLING studiert Politikwissenschaft sowie Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. Vor seinem Erasmus-Studienjahr an der Sciences Po Bordeaux 2007/08, war er Generalsekretär des AFA-Debattierclubs.



Mag. **NADJA KWAPIL** ist Studentin der Philosophie und hat ein abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Zur Zeit schreibt sie an ihrer Dissertation aus Europarecht in Frankreich/Paris. Sie war u.a. an der Lauder Business School tätig und ist Mitglied des GLOBAL VIEW Redaktionsteams.



GREGOR NOVAK studiert Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre in Wien und ist geschäftsführender Bundesvorsitzender des Bundes Europäischer Jugend / Junge Europäische Föderalisten (BEJ/JEF) Österreich.



STEFAN F. WINDBERGER studiert Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre an der Karl-Franzens-Universität Graz. Er ist geschäftsführender Vorstandsvorsitzender des Akademischen Forums für Außenpolitik in Graz und Bundesvorstandsmitglied der Jungen Europäischen Föderalisten.

Inhalt

<http://www.flickr.com/photos/anwer/2007>



In August, Russian tanks entered Abkhazia and South Ossetia to help their cause of independence of Georgia. Article p.12

<http://ec.europa.eu>



Der Lissabon-Vertrag hat viele Wogen geschlagen, insbesondere nach dem negativen Referendum in Irland. Artikel S.18

<http://www.bmlv.gvat>



Österreichische EUFOR-Truppen sind seit Anfang 2008 im Tschad stationiert um für Sicherheit zu sorgen. Artikel S. 24

06 UNO/International

- | | | |
|----|----------------------------|-----------------------------------|
| 06 | Johannes Langer | UN Ticker |
| 08 | Mag. Matthias C. Kettemann | Sternstunde der Menschlichkeit |
| 09 | Thimna Bunte | Shaking Hands is Not Enough |
| 10 | Dr. Michael Platzer | Can the Media Prevent Conflicts? |
| 12 | Stefan F. Windberger | Imperialism Or Protection? |
| 14 | Christian A. Jack | Australia's Integration With Asia |

16 Europa

- | | | |
|----|---------------------|--|
| 16 | Dr. Christoph Leitl | Soziales Europa stärken |
| 18 | Mag. Nadja Kwapil | Alle Macht dem Volk |
| 20 | Thomas Tödting | Wiederentdeckung des Mittelmeers |
| 21 | Johannes Langer | Scotland: Europe's 48 th State? |

22 Österreich

- | | | |
|----|------------------------------|----------------------------------|
| 22 | Mag. (FH) Klaudia Feurle | 1 Milliarde für Kyoto-Klimaziel? |
| 24 | Mag. Christian Segur-Cabanac | Kritikern zum Trotz |
| 25 | Mag. Cäcilia S. Smekal | Kolumne: Wahlkampf |

26 Kultur/Gesellschaft

- | | | |
|----|--------------|-----------------------------------|
| 26 | Gregor Novak | Jugend für eine Welt ohne Armut |
| 27 | Hannes Neiss | Bedeutungsloses 68 - Eine Polemik |

28 AFA

- | | | |
|----|--------------------|--------------------------------------|
| 28 | Ulrich Kopetzki | Gepflegtes Streiten im Debattierclub |
| 30 | Michael F. Pfeifer | Georgien und Iran auf der Agenda |
| 31 | Johannes Langer | People |



UN Ticker ... Juli - September 2008

Höhere Lebensmittelpreise verschlimmert die Armut im südlichen Afrika und Asien ... Entwicklungshilfe geht seit 2005 von



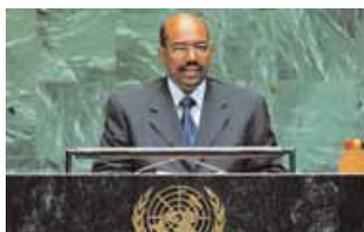
UN Vienna Focus

NGOs gegen illegale Drogen

Vom 7. - 9. Juli 2008 fand im Vienna International Center ein globales Forum über "Beyond 2008: Civil Society's Contribution to the UN Drug Policy Review" statt. Es wurde von der Vienna NGO Committee on Narcotic Drugs in Zusammenarbeit mit dem United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) organisiert. Die 300 Delegierten von NGOs diskutierten vor allem über die Maßnahmen die seit der Verabschiedung der General Assembly Special Session (UNGASS) gegen illegale Drogen 1998 durchgeführt wurden, sowie über Verbesserungsmöglichkeiten in der Zukunft.

"Uniting for Peace in Vienna"

Unter dem Titel "Gemeinsam für den Frieden" versammelten sich 60 Studierende aus südosteuropäischen Hauptstädten vom 21.-24. September in Wien, um Erfahrungen auszutauschen, voneinander zu lernen und um Fragen interkultureller Verständigung und des grenzüberschreitenden Dialogs zu erörtern. Der Informationsdienst der Vereinten Nationen (UNIS) in Wien gemeinsam mit der Stadt Wien organisierte dieses Forum anlässlich des Internationalen Friedenstages am 21. September.



Im Jahr 2006 konnte al-Bashir noch vor der UN General Assembly in New York sprechen. Heute will der ICC dem sudanesischen Präsidenten in Den Haag den Prozess machen.

Vor allem geht es um das geplante Verbrechen ethnische Gruppen in Darfur zu vernichten, welches al-Bashir von Khartoum aus geplant haben soll. Er selbst bestreitet alles und bezeichnet westliche Darstellungen des Konflikts im Darfur regelmäßig als Übertreibungen. Noch ist der sudaneseische Präsident aber nicht in Den Haag, doch der erste Schritt ist gesetzt.

Montag, 14. Juli 2008 Sudanesischer Präsident angeklagt

Der International Criminal Court (ICC) hat mit der Anklage gegen den derzeitigen sudanesischen Präsidenten Geschichte geschrieben. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde ein amtierendes Staatsoberhaupt des Genozids angeklagt.

Omar Hassan al-Bashir, der sein Land bereits seit 1989 durchgehend regiert, wird allerhand vorgeworfen: für zehn Fälle von Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen soll er persönlich verantwortlich sein.



Afghanische Kinder auf einem Kartoffelacker. In manchen Provinzen würde immer noch Schlafmohn angebaut werden.

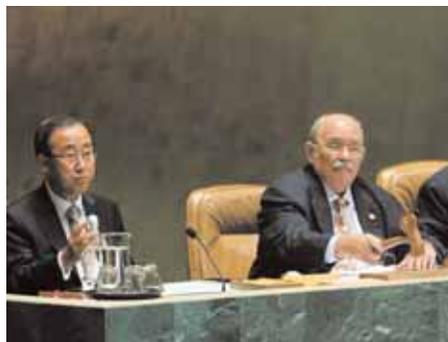
Dienstag, 26. August 2008 Opium-Anbau in Afghanistan

Seit Jahren ist Afghanistan der mit Abstand größte Produzent von Opium. Der neueste Report des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) hat nun den "Afghanistan Opium Survey 2008" vorgelegt. Dieser zeigt, dass die Anbaufläche von Opium um 29% auf 157.000 Hektar reduziert wurde.

Weil aber der Ertrag von den Feldern um 6,3 kg/ha auf nun 48,8 kg/ha angestiegen ist, wurde nur eine geringe Reduktion des Opium-Outputs von 6% im Vergleich zum Vorjahr erreicht. Insgesamt wurden innerhalb des letzten Jahres 7.700 Tonnen Opium produziert. Das Einkommen für die Opium-Bauern wird mit 732 Mio. USD angegeben, während im Survey 2007 noch eine Billion USD eingenommen wurden.



Ein Report des UN Development Fund vom 26. September betont, dass noch nie so viele Frauen wie heute in der Politik engagiert sind. Dies sei der Erfolg von Quoten und die Realisierung, dass Frauen an der Macht verändern können.



Miguel d'Escoto, der neue Präsident der UN General Assembly kritisierte in seiner Antrittsrede bei der Eröffnung der 63. Session am 18. September Mitglieder des Security Council die eine "addiction to war" hätten.

All Photos: UN Photo



Kinder der "Manegda" Volksschule besuchen den Unterricht in einem Zelt, das in Burkina Faso von UNICEF bereit gestellt wurde.

Der Analphabetismus hat direkte Auswirkungen auf die Gesundheit, wie in einer Erklärung zum Weltalphabetisierungstag, dem 8. September 2008, vom UNO-Informationszentrum bekannt wurde. Zusätzlich zum Weltalphabetisierungstag wurde 2003 die UN-Weltdekade der Alphabetisierung ausgerufen. Noch sind die Ergebnisse dazu jedoch bescheiden.

Heute ist jeder fünfte Erwachsene, das sind 774 Millionen weltweit, als Analphabet zu bezeichnen. Diese Personen müssen auf schriftliche Kommunikation verzichten, da sie nicht oder nicht ausreichend unterrichtet wurden. Aber auch 75 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule. Zusätzlich verlassen auch weiterhin Millionen junger Menschen die Schule mit mangelhaften Lese- und Schreibkenntnissen. Aufgrund der fehlenden Bildung sind jene Personen auch anfälliger für Krankheiten wie HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria.



Vor acht Jahren beschlossen die Mitgliedstaaten der UN die MDGs. Zusätzliche Geldmittel sollen helfen diese zu erreichen.

Bei dem hochrangigen Treffen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) haben Regierungen, Stiftungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zusätzliche Geldmittel angekündigt. So sollen mehr als 4,5 Milliarden USD für Ausbildung und drei Milliarden für Malaria-Bekämpfung zur Verfügung gestellt werden.

Die nach einem entsprechenden Appell zugesagte Hilfe hat "alle unsere Erwartungen übertroffen", sagte Ban. Das sei umso bemerkenswerter, als es vor dem Hintergrund der Finanzkrise erfolge. Globalisierungskritiker bemängeln hingegen, dass die MDGs nicht erreicht werden können. Bei der Bildung und den Zugangsmöglichkeiten zu sauberem Wasser gab es allerdings auch Fortschritte.



Die UN schlugen am 1. Juli einen Global Disaster Fund mit 10 Billionen USD vor. Dieser soll vor allem Entwicklungsländern helfen, bei akuten Naturkatastrophen die schlimmsten ökonomischen Schäden zu mildern.

Montag, 8. September 2008

Analphabetismus weiterhin stark verbreitet

Der Analphabetismus hat direkte Auswirkungen auf die Gesundheit, wie in einer Erklärung zum Weltalphabetisierungstag, dem 8. September 2008, vom UNO-Informationszentrum bekannt wurde. Zusätzlich zum Weltalphabetisierungstag wurde 2003 die UN-Weltdekade der Alphabetisierung ausgerufen. Noch sind die Ergebnisse dazu jedoch bescheiden.

Heute ist jeder fünfte Erwachsene, das sind 774 Millionen weltweit, als Analphabet zu bezeichnen. Diese Personen müssen auf schriftliche Kommunikation verzichten, da sie nicht oder nicht ausreichend unterrichtet wurden. Aber auch 75 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule. Zusätzlich verlassen auch weiterhin Millionen junger Menschen die Schule mit mangelhaften Lese- und Schreibkenntnissen. Aufgrund der fehlenden Bildung sind jene Personen auch anfälliger für Krankheiten wie HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria.

Freitag, 26. September 2008

16 Milliarden zur Armutsbekämpfung

Bei dem hochrangigen Treffen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) haben Regierungen, Stiftungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zusätzliche Geldmittel angekündigt. So sollen mehr als 4,5 Milliarden USD für Ausbildung und drei Milliarden für Malaria-Bekämpfung zur Verfügung gestellt werden.

Die nach einem entsprechenden Appell zugesagte Hilfe hat "alle unsere Erwartungen übertroffen",

sagte Ban. Das sei umso bemerkenswerter, als es vor dem Hintergrund der Finanzkrise erfolge. Globalisierungskritiker bemängeln hingegen, dass die MDGs nicht erreicht werden können. Bei der Bildung und den Zugangsmöglichkeiten zu sauberem Wasser gab es allerdings auch Fortschritte.



UN Country Focus

Schlag gegen die FARC in Kolumbien

Mit einer Rettungsaktion hat die kolumbianische Regierung unter Präsident Uribe mehrere Geiseln der marxistischen FARC entrissen. Die französische Politikerin Ingrid Betancourt, drei amerikanische Staatsbürger sowie elf kolumbianische Militärs wurden dabei befreit. Es war dies der nächste Rückschlag für die Rebellen, nachdem ihr Anführer Manuel Marulanda Vélez an einer Herztattacke im März 2008 verstarb. Der Kampf der Regierung gegen die FARC hat aber auch ihren Preis: Kolumbien hat für das Jahr 5% des BIP für Militärausgaben budgetiert, Insider schätzen sogar 6,5%.



UN Secretary General Corner

"Our mission recognizes a fundamental truth about democracy everywhere - that it is ultimately the product of a strong, active and vocal civil society. It is such a civil society that fosters responsible citizenship and makes democratic forms of Government work."

Ban Ki-moon in einer Nachricht zum Ersten Internationalen Tag der Demokratie am 15. September 2008



Obwohl so viel Geld gegen HIV/AIDS wie noch nie zur Verfügung steht, haben arme Länder weiterhin kaum Zugang zu den Fonds meldet Peter Piot, Executive Director der UNAIDS, am 31. Juli 2008.

Sternstunde der Menschlichkeit

Zum 60. Geburtstag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Text Matthias C. Kettemann

Es war eine Sternstunde der Menschlichkeit: jener 10. Dezember 1948, der sich 2008 zum 60. Mal jährt. An jenem kalten Dezembertag, nur drei Jahre nach Gründung der Vereinten Nationen, nahm die noch kleine Staatengemeinschaft in der Generalversammlung mit 48 zu 0 Stimmen bei acht Enthaltungen eine Resolution an, die ein Dokument von fundamentaler Bedeutung beinhaltet: die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR).

Das vorrangige Rational der noch nicht den konfrontativen Denkmustern des Kalten Krieges verhafteten Staaten war, die AEMR als ethisches Fundament der internationalen Ordnung zu definieren - ein fruchtbares Fundament, auf dem das Gebäude der UNO organisch wachsen sollte.

Ihrer Zeit voraus

Trotz ihres Alters ist die AEMR ein innovatives Rechtsinstrument: In klarer Sprache und prägnanten Formulierungen legt sie in nur 30 Artikel die wichtigsten Menschenrechte fest. Zwar sind die bürgerlichen und politischen Rechte stärker vertreten (Art. 1 - 21), doch finden sich auch grundlegende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Art. 22 - 27) und mit Art. 28 ein Recht auf eine "soziale und internationale Ordnung", in der die verbrieften Rechte auch realisiert werden können. UNO-Sonderberichtersteller Manfred Nowak wies darauf hin, dass die Generalversammlung damit schon 1948 die formell erst 1993 in Wien anerkannte Unteil- und Untrennbarkeit der Menschenrechte vorweggenommen hat. Die AEMR war ihrer Zeit auch im Hinblick auf die niedergelegten Rechte voraus: Das Recht auf Asyl (Art. 14) und das Recht auf Eigentum (Art. 17) sollten sich in späteren Menschenrechtskodifikationen teils nicht mehr finden.



Eintreten für Menschenrechte: Demonstranten vor dem Europäischen Parlament

Das größte Manko der AEMR ist nur ein scheinbares: Sie ist eine Erklärung und keine Konvention mit einem bindenden Katalog von Menschenrechten. Diese sollten erst in den beiden Internationalen Pakten fast 20 Jahre später ausbuchstabiert werden. Darob wirkungslos ist die Menschenrechtserklärung aber gewiss nicht: Einmal dient die Erklärung als Interpretationshilfe für den Begriff Menschenrechte in der UNO-Satzung und stellt daher, nach Manfred Nowak, indirektes Völkervertragsrecht dar. Weiters berufen sich menschenrechtsbezogene Mechanismen und Aktivitäten der Vereinten Nationen wie auch neuere Verfassungen auf die Allgemeine Erklärung, was ihre "moralische, politische und rechtliche Bedeutung" unterstreicht. Schließlich haben manche der in der Erklärung verbrieften Rechte - zu denken ist an das Folterverbot und das Verbot der Sklaverei - über den Umweg des Völkergewohnheitsrechtes Eingang in die interna-

tionale Rechtsordnung gefunden.

Ein gemeinsames Ideal

1948 wie 2008 ist die Menschenrechtserklärung der elementarste Grundrechtskatalog der Weltgemeinschaft und, wie es in der Präambel heißt, "das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal". Jedes Jubiläum erlaubt auch den Blick nach vorne. Hier drängt sich der Wunsch auf, dass sich - um wieder die inspirierende Präambel aufzugreifen - "jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft ... diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung vor diesen Rechten und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende nationale und internationale Maßnahmen ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Einhaltung" zu gewährleisten. Will heißen: Lesen wir sie. Lehren wir sie. Leben wir sie. <<

Shaking Hands is Not Enough

The new agreement to cease hostilities in Somalia is a step into the right direction. But it is far from enough to tackle underlying causes to the conflict and humanitarian crisis in Somalia. **Text** Thimna Bunte

Mogadishu, capital of Somalia. On 8 June 2008 over 100 people died in clashes between Ethiopian troops and Somali insurgents. Thousands were displaced. One day later in Djibouti, hands were shaken to express optimism for an agreement to stop hostilities. Until the agreement between the Somali Transitional Federal Government (TFG) and a part of the split opposition group Alliance for the Re-Liberation of Somalia (ARS) was finally signed on 20 August, some hundreds of people more were killed, some hundred thousand more displaced. Soon, half of the population will be in need for humanitarian help. Analysts doubt that the agreement will change this situation.

The present conflict has some of its roots in the rule of President Mohamed Siad Barre from 1969 to 1991. After his overthrow by a coalition of insurgency movements, new conflicts arose among the different groups who competed for power in the vacuum left. Despite two UN Missions from 1992 to 1995, this situation of fights for power between insurgent groups practically continues until today. No stable and functioning government has existed since 17 years.

The 2004-installed Transitional Federal Government (TFG) has been unsuccessful in establishing strong military, political and organisational power. Instead, it relied on Ethiopian assistance to establish power Mogadishu in December 2006. This heralded the present period of fights between insurgent groups and the TFG and its supporting Ethiopian troops. The consequences of the continuing clashes, a long drought and a high inflation rate are the origins of the dramatic humanitarian catastrophe that led to 6,500 civilians being killed and one million displaced since 2007.

Yet, 'statelessness' alone is not enough to explain the outbreak and scope of the conflict. Such explanation would have to be based on a complex interplay between different political, economic, social, and religious factors as well as regional dynamics. Lawlessness led to criminality and an internalised war economy. Warlords turned war entrepreneurs and war itself became not only a threat, but also a source for people's livelihoods. The close interrelation between violence, trade and the survival of the civil society constitutes a cycle that is difficult to interrupt.

On the societal level, the traditional clan-structure is crucial for understanding the conflict. The fragmentation of the Somali people is reflected in the fragmentation of power; and clan structures are easily exploited by political and military groups.

Wider regional dynamics also feed on the war. Military support by neighbouring coun-

tries to the different conflict parties also need to be seen in the light of their respective domestic interests. Thus, aggression against foreign presence in the country grows further and the presence of Ethiopian troops in Somalia is one of the most sensitive issues to solve. Outnumbered African Union soldiers and domestic and foreign aid workers as well become increasingly targets of insurgent groups.

A crisis as complex as in Somalia needs complex approaches. The peace agreement signed in August may be a step into the right direction of short-term conflict management. The long-term task, however, will be to reach positive social interaction between the parties and the clans as well as political and economic opportunities for the local population. As long as effective peace strategies are not sought and implemented, civilians will be the ones suffering while others shake hands. <<

Just another time, Somalis have to escape from their homes like this family from Mogadishu because of political turmoil.



<http://www.flickr.com> / Abdurahman Warsameh

Can the Media Prevent Conflicts?

One thousand participants from around the world converged in Bonn, Germany, in June 2008 for the conference, "Media in Peace Building and Conflict Prevention" hosted by the German broadcaster, Deutsche Welle. **Text** Michael Platzer

The conference was attended by UNAustria members, Axel Wüstenhagen and Michael Platzer. Even between them, the two could not attend all eight plenary sessions, eleven concurrent workshops, press conferences, exhibitions, and receptions.

In addition, many development agencies and media outlets had information stands and showed films: these included Reporters without Borders, Search for Common Ground, International Press Institute, the Academic Council for the United Nations, the United Nations Regional Information Centre for Western Europe, UNHCR, etc. Overall, one thousand journalists, human rights activists, politicians, professors, and representatives of civil society converged in Bonn from 2 to 4 June 2008.

There were several conference highlights: an address by the Nobel Peace Prize Laureate, Shirin Ebadi, who continues to fight for democracy and women's rights in Iran but is also critical of the West; the shocking photos and stories of photojournalist Boldwill Hungwe from Zimbabwe; a depressing photo exhibition of child soldiers to be shown at the UN in New York and the discussions surrounding the Danish cartoons which are deemed to be insulting to Islam.

The bombing of the Danish Embassy in Islamabad had just taken place; a Pakistani journalist who had once interviewed Bin Laden, sought to make the anger of Pakistanis understandable to participants. The session "Terrorists Online" was also controversial, as

was the information on censorship of the Internet by many countries and self-censorship in the media.

Even the host, Deutsche Welle, as well as Radio France, Radio Netherlands, Voice of America, and Al-Jazeera came under criticism during the discussion of the situation of the media with regard to the situation in the Middle East: it was felt that human rights abuses in Saudi Arabia, Egypt, Syria, and Qatar are not examined in the same way as those occurring in Israel and Iraq. Moreover, Deutsche Welle and the others had not fulfilled promises to broadcast in local languages from regional transmitters (satellite television is received only by the elites) and rarely carried the arguments of dissidents.



Photo: Michael Platzer

Two Zimbabwean journalists, who were just released from prison, were speaking at the conference.



The discussion of the media in Africa turned out to be a shouting match between Luo and Kikuyu journalists, proving the point that the media can often exacerbate conflict (apparently this is also a problem of radio broadcasting in vernacular languages). Many lamented the lack of professionalism in the media, particularly radio and the new media (anyone can set himself up as an "expert" and spout whatever he wishes irrespective of whether it may be true or false).

A person called Jotman, who refuses to give his real name, on the other hand, defended citizen journalism. He was awarded the "Reporters Without Borders Award" in the Best of the Blogs awards sponsored by Deutsche Welle for his reports on Thailand under military rule and the situation in Burma.

Jotman had interviewed escaped monks and other members of the resistance movement. In an organized press conference, reporters from China were confronted by questions about Internet censorship, Tibet, and the Olympic boycott.

The reality of reporting from a war zone or conducting investigative journalism into or-

ganized crime was brought home in a panel discussion illustrated with vivid footage of wounded journalists. It was said that journalists are often not physically fit and thus fail not only to take sufficient precautions when going into a war zone but also to realize the psychological toll that the viewing of death and destruction may take on them.

David Dadge, of the Vienna-based International Press Institute gave a very sobering account of the high risk journalists now take. Stefano Marcelli related how the Mafia simply shoots investigative journalists and then hires PR writers to place stories that are favorable to them.

At the conference were media people who had been imprisoned and tortured. It was an exciting experience to meet famous journalists previously seen only on television or whose articles one had read. The role of media in peace building and conflict prevention was finally determined to be an ambivalent one. The warmongering on the part of the media in Rwanda, the Balkans, and even in the United States was referred to. Even after the guns are silent, the role of the media has not always been one of healing wounds

and seeking reconciliation.

Sometimes things should not be said for fear of aggravating a situation. Even representatives from the UN admitted that they "could not tell all" and practised censorship. The German Armed Forces ran a parallel workshop on "the media in a conflict mission" with examples from different operations. In the end, people argued it was necessary to try to be objective and fair. Surprisingly, peace journalism was not seen to be viable, as the media thrives on conflict and drama and has little time for balanced analysis and long contextual explanations.

The need to be short and dramatic made the role of media in peace keeping and conflict prevention marginal at best. The Director General of Deutsche Welle, said it most succinctly: "The media cannot prevent war". It can, at best, play only a minor role in conflict prevention and in reconciliation. <<

Imperialism or Protection?

Aspects of the Georgia conflict, as seen from both the Russian and the Georgian side. Should the right of self-determination be granted to Abkhazia and South Ossetia or is Georgia's territorial integrity a supreme cause? **Text** Stefan F. Windberger

Why Russia should protect South Ossetia and Abkhazia

Heated were the days in the beginning of August 2008, when the long-time smouldering conflicts in Abkhazia and South Ossetia finally led to a full-blown war. After Georgia's attacks on South Ossetian territory in the night between 7 and 8 August, Georgia tried to shell Tskhinvali, the capital of the South Ossetian nation. The peacekeeping forces of the Commonwealth of Independent States (CIS) had to be backed by Russian troops and once more helped the Ossetian people to defend their territory.

But how did this conflict develop? Both Abkhazia and South Ossetia have been autonomous Soviet Socialist Republics (SSRs) under Soviet rule, and after the dissolution of the USSR they claimed for independence, as they are not ethnically Georgian and furthermore speak their own languages. South Ossetia always orientated itself more to North Ossetia, which is a part of the Russian Federation and Abkhazia has never been a part of Georgia until the ethnic Georgian Josef Dzhughashvili, later known as Stalin, incorporated it into the Georgian SSR in 1931.

As early as 1990, South Ossetia declared independence and in 2006, its citizens nearly unanimously approved a referendum, opting for independence from Georgia. But the USA and its allies continued to neglect the outcome of a democratic process like this one.

In 1992, Abkhazia claimed for their independence from Georgia, and after a war which was caused by attacking Georgian forces, the "agreement on a ceasefire and separati-

on of forces", better known as the Moscow agreement, was signed between the two conflicting nations in 1994. Despite their claim for independence, both nations are suffering from Georgian threats ever since. Therefore in 1994, the CIS started a mission in both South Ossetia and Abkhazia in order to protect its citizens from Georgian aggression. Generously, the Russian Federation also offered the Russian citizenship to all inhabitants of the areas in dispute and up to 90% of the respective populations took advantage of it. Still, the governments of Abkhazia and South Ossetia consider Russia to be one of their core partners, and for that sake they need to act according to their promises.

Even though Russia often claimed that it would help Abkhazia and South Ossetia to defend itself, Georgian military personnel entered Abkhaz territory and seized the Upper

Kodori valley. But this threat was not the only one: Georgia even started this war, which was definitely one step too much into the wrong direction. Violating the right of self-determination of both Abkhaz and South Ossetian people, it caused international uproar against the invaders. The Russian Federation was called upon by South Ossetia to help them and so they did nothing but aid them against an invading force.

Heavily backed by the USA, Georgia felt that they could destabilize the entire Caucasus region but luckily, Russia was able to stop it. Even though it was a difficult decision for them, the Russian Federation finally decided to recognise the independence of the sovereign states of South Ossetia and Abkhazia in an official act, an action which they should have done way before in order to prevent the many civilians dying because of Georgian aggression.



<http://www.flickr.com>

Why Georgia should protect its territorial integrity

Abkhazia was a part of Georgia in the 10th C. under Bagratid dynasty and also in 1325, the Principality of Abkhazia was incorporated to the Georgian kingdom. On the other hand, South Ossetia used to be inhabited by ethnic Georgians up to the 19th C.

Nevertheless, both regions declared independence in the early 1990s and since then, hostilities against Georgians in those entities are very frequent. The Sukhumi massacre of 1993 is just one of the numerous examples, which finally led to a Georgian act of self-defence this August. After having been attacked by South Ossetian missiles, the Georgian forces had to deal with the separatists. Controlling South Ossetia is one thing, but attacking the Georgian homeland is a threat, which is even more severe.

Nevertheless, Russian troops then passed the Roki tunnel and illegally entered Georgian territory and helped the separatists. The

so-called peacekeeping forces of the CIS, mostly Russians, then started to fight against Georgia, both in Abkhazia and South Ossetia. According to international law, the Georgian territorial integrity as constituted in 1992 should never be disputed and therefore Russia needs to be reminded of Article 2, Chapter 4 of the UN-Charter:

"All Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations."

Moreover, the CIS peacekeeping forces should not be within Georgian territory as they are considered to be affiliated to Russia, an acting party in this conflict. Russian authorities also continue to grant Russian citizenship on a large scale to Abkhaz and South Ossetian persons, which is a violation of Georgian integrity. The so-called govern-

ments of South Ossetia and Abkhazia are heavily backed by today's Russia, who is aiming to control the Caucasus as the USSR did. To say it in the words of Robert Kagan, the foreign policy expert who is advising John McCain: "Their [Russia's] grand ambition is to undo the post-cold war settlement and to re-establish Russia as a dominant power in Eurasia."

However, Russia imposed a visa regime on Georgian citizens which makes it necessary for Abkhazian and South Ossetian people to get a Russian citizenship in order to enter Russia without complications. This is an action which is severely harming those who need to earn their living by doing trade in Russia, e.g. South Ossetians selling farmer's products in the nearby town of Vladikavkaz, North Ossetia.

Georgia never wanted a war, neither in Abkhazia nor in South Ossetia, since its bid for NATO membership will be put to an end by starting any kind of military action, whether justified or not. The ceasefire upon which the Russian Federation finally agreed is now nothing than a backslide to the pre-war status, a status which is constantly violating international law and may even encourage other secessionist movements in the CIS to do the same.

The latest developments which include a full recognition of the so-called independent states of Abkhazia and South Ossetia by the Russian Federation may just be the re-introduction of Russian puppy states to the world, similar to the former Warsaw Pact countries. For Georgia, a country striving for real independence and control over its territories ever since, this situation cannot be seen as satisfying. The hopes lie on the UN, the EU and the US, because Sakartvelo, as the Georgians call their small country, is not able to stand alone against the upsurging Russian imperialism. <<



Australia's Integration With Asia

Australia has long seen itself as separate from Asia. This is hardly surprising given Australia's colonial heritage, European culture, and history. However, the rise of the Asian giants presages a need for Australia to rethink its relationship with Asia in an increasingly unstable 21st century. **Text** Christian A. Jack

Should Australia seek greater integration with Asia? This perennial debate has been played out for decades in Australia's domestic politics and is a symptom of the pervasive uncertainty felt within Australia, as to its relationship with and identity in Asia. Australia cannot, at the same time, seek its place in Asia while trying to ensure security from it, and has traditionally seen itself as Asia's odd man out: "an espresso nation in a satay region".

The new Labour Government, led by Prime Minister Kevin Rudd, has endeavored to comprehensively and actively engage with the Asia-Pacific region. Kevin Rudd has stated that he intends to make "Australia the most Asian literate country in the world", through such means as educational exchange and language programmes. Talk of integration with Asia traditionally has been deliberately and politically left out of the integration debate. This is now changing. Ke-

vin Rudd, who studied in China and speaks fluent Mandarin, has been one of the catalysts of this change.

Integration is a dangerous word in domestic politics. Nationalism, thought to be a remnant of the 19th and 20th C., has again displayed its potency for mass mobilisation of the public will and, in the aggregate, as a powerful political tool. China is no stranger to this neo-nationalism while Australia is prone to the occasional flare-up of nationalistic fervor. Even though Australian politicians have been reluctant to note the increase of Asian influence in Australia, there has been progressively slow and subtle integration between Australia and the Asian continent in such areas as finance, trade, security, and education.

Financially it is evident that Australia is enjoying the economic windfall in commodity prices and the incessant expansion of Asia's appetite for Australia's coal and iron ore reserves. However, this growth in exports to Asia does not end with Australia's natural resources. Two thirds of Australian merchandise trade is with Asia, topping the two hundred billion dollar mark in Australian dollars annually. On top of this explosion in trade, Australia has been busy signing and negotiating Free Trade Agreements with several Asian nations. Singapore and Thailand currently enjoy Free Trade Agreements with Australia while China, Japan, and Malaysia are pursuing negotiations for future agreements.

There has also been an expansion in the strategic partnerships Australia has sought in the Asia-Pacific region. After the events of 9/11, Australia has signed a plethora of Memorandums of Understanding, specifically with



Asia, like the giant panda, is always hungry. Australia wants to help feed the neighboring continent with resources.

South East Asian states, focusing on counter-terrorism measures, structures, and training programmes for local law enforcement agencies. While Australia has shored up support for combating terrorism in the region, the level of threat from terrorist organisations like Jemaah Islamiyah, based in Indonesia, to Australia's economic and security interests in the South East Asian region is perceived to have heightened, especially after the Bali bombing of 2002.

Notwithstanding the increased risk from terrorism, Australia is continuing to welcome a steady stream of immigrants, with 3 out of Australia's top 5 immigrant nations based in the Asian region. This trend is also reflected in Australia's tertiary education sector, with just under three hundred thousand overseas Asian students currently studying in Australia.

Given that many of these links are strongly developed or are in the process of developing, Kevin Rudd's proposal for a new forum, based upon the European Union to be implemented in the Asia-Pacific region, is perplexing to some. Indeed, the initiative had not been raised with the Indian foreign secretary before being grandly announced, and has ruffled a few feathers in the Asia-Pacific region. But what need is there for a new forum to cover such a diverse and tension laden region in the world? The Asia-Pacific already has institutions and forums dealing with similar issues, such as the Association of Southeast Asian Nations and the Asian Pacific Economic Cooperation, in place.

The answer lies squarely within the ambit of Australia's foreign policy and security interests. Steven Smith, Australia's new foreign affairs minister, noted in his address to the Lowy Institute for International Policy in August 2008 that an economic and strategic shift from West to East is occurring. Australia is inextricably caught up in Asia's rise, as according to Steven Smith, "our [Australia's] security and prosperity will hinge to a significant degree on the political and economic development...in South East Asia". The proposed forum is one where it will be possible for India, China, Japan, Indonesia, and the US to discuss economic and strategic issues



<http://www.pixelio.de/> Gabi Schömann

For a long time, Australia was busy with itself - like the koala. Now it is getting more active and is open for more integration with Asia.

confronting the Asia-Pacific region. This would be the first such forum to include all the major countries in the region and a major diplomatic feat for Kevin Rudd, should it prove successful. For Australia, the proposed forum is vitally important. It would enable Australia to balance its long-standing strategic security alliance with the US with its growing economic relationships with China and India in its own backyard. Kevin Rudd's proposed economic and security forum does this neatly.

Integration with Asia is not the impetus of this new forum. Australia is not seeking to embrace the rising dragon, however it does not want to be overlooked in strategic or economical sectors, or left behind in the re-

gion as Asia surges ahead. The forum would ensure Australia's interests and concerns over economic and strategic developments, within the Asia-Pacific region, do not go unnoticed.

Although integration is not the political objective for Kevin Rudd's proposed forum and Australia's domestic politics, it is nevertheless slowly taking place between Asia and Australia. The hunger for resources in China and India, concurrently with the educational exchanges and ongoing security arrangements with many Asian states, will ensure that the slowly rising influence and integration between Australia and Asia continues into the 21st C. <<

Soziales Europa stärken

Europa ist sozialer als die meisten anderen Weltregionen. Trotzdem sind die Europäer mit der EU unzufrieden. Die EU muss besser kommunizieren lernen und die Sozialpolitik weiter ausbauen.

Text Christoph Leitzl

Fragt man die Österreicher und andere Europäer, so sehen sie zwar die EU und ihre Politik kritisch, wollen aber keineswegs das europäische Wirtschafts-, Politik- und Sozial-Modell gegen Modelle aus anderen Weltregionen, etwa den USA eintauschen.

Tatsächlich unterscheidet sich das europäische Modell von anderen vor allem durch den sozialen Gedanken: Wettbewerbsfähigkeit wird mit sozialer Gerechtigkeit verbunden, Leistungsdenken mit der Mitverantwortung der Gesellschaft für den einzelnen, Wirtschaftswachstum mit dem Ziel von mehr und besseren Arbeitsplätzen. Interessensgegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeit-

nehmern werden in institutionalisierter Form ausgetragen (Kollektivverträge, betriebliche Mitbestimmung); die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden von den Regierungen einbezogen.

Die EU mit ihrer Lissabon-Strategie und Österreich mit seiner Sozialpartnerschaft stehen für das europäische Sozialmodell. Warum wird die EU dennoch als zu wenig sozial, als bürgerfern, ja herzlos empfunden?

Zunächst müssen die EU und ihre Vertreter, aber auch die nationalen Regierungen den Bürger direkter ansprechen und besser informieren. Wer weiß z.B. schon, dass die EU ei-

nen Globalisierungsfonds eingerichtet hat, der Arbeitnehmer unterstützt, die von Standort-schließungen betroffen sind? Es ist auch kein Zufall, dass in der EU seit 2005 6,5 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden sind. Die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen ist sogar ein Hauptziel der EU.

Die Menschen müssen wissen, dass sie ihren bereits über 60 Jahre andauernden Frieden, ihren sich ständig weiterentwickelten Wohlstand, viele Arbeitsplätze, soziale Mindestnormen, eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung, internationale Bildungs- und Karrieremöglichkeiten, Reisefreiheit, etc. dem europäischen Einigungswerk verdan-



<http://ec.europa.eu>

Ältere Menschen weiterhin im Berufsleben zu halten wird eine der Herausforderungen sein, welche die Zukunft an uns stellen wird.

ken. Nur wer sich persönlich angesprochen fühlt, kann sich mit Europa identifizieren.

Das europäische Sozialmodell muss aber nicht nur besser als bisher vermittelt werden, sondern auch neue Antworten auf aktuelle Herausforderungen wie Globalisierung, Kindermangel und Alterung, die Individualisierung der Gesellschaft, Arbeitslosigkeit, aber auch Fachkräftemangel geben. Konkret sollte anfangs in folgenden Bereichen angesetzt werden:

1. Verbreitung von Erfolgsmodellen: Durch systematisches Vergleichen und Bewerten der Arbeitsmarkt- oder auch Familienpolitik der einzelnen EU-Staaten sollen die wirksamsten Strategien ermittelt und europaweit verbreitet werden. So sollte sich das Prinzip der Flexicurity - mehr Spielraum für Unternehmen in Verbindung mit Sicherheit für Arbeitnehmer - in der europäischen, aber auch der nationalen Sozialpolitik etablieren - Dänemark und Österreich leben es schon lange und mit Erfolg.

2. Stärkung der europäischen Sozialpartnerschaft: Die österreichische Sozialpartnerschaft ist ein Erfolgsmodell, von dem andere Länder, aber auch die EU profitieren können. In den neuen Mitgliedstaaten soll die EU daher den Aufbau sozialpartnerschaftlicher Strukturen fördern. Vor allem aber ist die europäische Sozialpartnerschaft zu stärken. Die EU kann dabei doppelt gewinnen: Sie gewinnt das praktische Know-how der Sozialpartner und die Betroffenen identifizieren sich mit der europäischen Politik, wenn sie sie mitgestalten können.

3. Prüfung neuer Instrumente: Die Sozialpartner haben auf europäischer Ebene bereits eine Reihe von Instrumenten - den sozialen Dialog, Konsultationsrechte, etc. Langfristig könnten auch weitere Instrumente wie länderübergreifende Kollektivverträge geprüft werden. Aufgrund der Unterschiede zwischen den EU-Staaten sind allerdings länderübergreifende Mindestlöhne nicht denkbar.

4. Auch die Europäische Zentralbank kann ei-

nen Beitrag zur Sozialunion leisten, indem sie neben dem Stabilitätsziel auch die Ziele Wachstum und Beschäftigung verfolgt.

5. Wenn eine Vertiefung der EU auch aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips in vielen Fragen nicht gelingt, dann ist zu prüfen, ob nicht eine Kerngruppe voranschreiten kann.

Europa ist ein sehr erfolgreicher und wohlhabender Kontinent. Dies ist nicht zuletzt der Europäischen Union zu verdanken. Wo wirtschaftliche Rahmenbedingungen festgelegt sind, soll es aber auch verstärkt gemeinsame soziale Rahmenbedingungen geben. Dann wird Europa noch stärker und sicherer und wir Europäer noch zufriedener und motivierter werden. <<

Viele Menschen vergleichen die EU mit einer Baustelle. Vor allem im sozialen Bereich gibt es noch viele Ausbaumöglichkeiten.



<http://www.flickr.com>

Alle Macht dem Volk

Der EU-Reformvertrag liegt zur Ratifizierung vor. Unter den Mitgliedstaaten ist dieser jedoch nicht unumstritten. Mehr Demokratie für die EU soll er bringen - aber wieviel Demokratie braucht die EU?

Text Nadja Kwapil

Karlsplatz, Opernpassage. Vor einer bekannten Bäckerei haben EU-Gegner ihre Stände aufgebaut, um ihre Kritik unter das Volk zu bringen. Der Reformvertrag - ein scheinbar willkommener Anlass für politische Großaufgebote.

"Nein zur Entmündigung des Bürgers, Nein zum Vertrag von Lissabon", heißt es auf ihren großen Plastikplakaten. Sätze wie "Wir werden nicht mehr gefragt. Die kochen ihr eigenes Süppchen," hört man im Vorbeigehen, gleich mehrmals. Und wer sind "wir"? Das Volk, natürlich.

So kontrovers die Diskussionen um den Vertrag von Lissabon auch sein mögen, das in ihnen zu Tage tretende Anliegen scheint dabei durchaus ident und im Übrigen nicht neu: der (vermeintliche) Schutz der Demokratie.

Die Argumentationslinien über den Zeitpunkt, in dem die Grundsätze der Demokratie gleichsam freigeschalten bzw. gewährleistet werden sollen, verlaufen allerdings zeitlich verschoben: während überwiegend Gegner des Vertrages (die interessanterweise größtenteils auch Gegner der EU als Solche sind) im Vorfeld gefragt werden wollen und daher eine vorangehende Volksabstimmung über das Ob der Ratifikation fordern, verneinen die Befürworter und Schöpfer des Machwerks die Befragung des Volkes dezidiert, um dem neuen Vertrag und damit einem mit diesem intendierten Mehr an Demokratie in der EU zum Durchbruch zu verhelfen.

Warum Reformvertrag?

Um die EU für die - unter anderem mit den Erweiterungsbestrebungen verbundenen - Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu wappnen, werden immer wieder institutionelle Neuerungen notwendig. Dies auch unter der Prämisse, das derzeit bestehende und vielfach kritisierte Demokratiedefizit in der EU abzubauen. Die Gründungsverträge wurden in der Vergangenheit dahingehend etappenweise überarbeitet, zuletzt durch den im Jahre 2003 in Kraft getretenen Vertrag von Nizza.

Nach dem Scheitern des Vertrages über eine Verfassung für Europa - der den Höhepunkt europäischer Integration markieren sollte - und einer unmittelbar daran anschließenden zweijährigen Reflexionsphase, fasste der europäische Rat im Juni 2007 den Beschluss, sich auf eine bloße Reform der bereits bestehenden Verträge zu beschränken.

Instrument und Ergebnis dieser Bestrebungen war der Vertrag von Lissabon, der - am 15. Dezember 2007 unterzeichnet - bis 1. Jänner 2009 von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden sollte.

Die in Irland gesetzlich zwingend vorgesehene Volksabstimmung führte jedoch zu einem negativen Ergebnis, welches vielseitig als Ausdruck und Beispiel allgemeiner Politikverdrossenheit gedeutet wurde. Parallel zu diesbezüglichen Gesprächen und EU-internen Verhandlungen, laufen allerdings bis dato noch nicht abgeschlossene Ratifizierungs-

verfahren in den Mitgliedstaaten weiter. Während der EU-Verfassungsvertrag die Gründungsverträge noch vollständig ersetzen sollte, soll der Reformvertrag lediglich zu einer Änderung derselbigen führen.

In formeller Hinsicht wird die Bezeichnung des EU-Vertrages weitergeführt, der EG-Vertrag hingegen in "Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union" umbenannt. An inhaltlichen Änderungen sind insbesondere die Regelung demokratischer Grundsätze im EU-Vertrag, die Erwähnung der Rechtspersönlichkeit der EU, der Beitritt zur EMRK und Anerkennung der Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta, sowie die Aufwertung des europäischen Parlaments durch den Ausbau von Mitwirkungsrechten und die Einführung einer europäischen Bürgerinitiative zu nennen. Die Union soll also augenscheinlich - so auch die Werbung - demokratischer werden.

Grenzen der Demokratie

Nach derzeitigem Stand offensichtlich nicht notwendig ist das Volk - zumindest nicht im Wege einer Volksabstimmung. Begründet wird dies unter anderem damit, dass die Bürger ihre direkten und fachlich bewanderten Vertreter bereits nach demokratischen Prinzipien gewählt hätten, um in ihrem Interesse Verträge wie diesen auszuhandeln und die Europäische Union damit handlungsfähig zu machen.

Auch renommierte Verfassungsjuristen haben sich überwiegend gegen eine Volksab-

stimmung zum Reformvertrag ausgesprochen. Hauptargument: Der zuvor noch im Verfassungsvertrag rechtlich verankerte Anwendungsvorrang des EU-Rechts wurde im neuen Vertrag nicht übernommen. Eine Veränderung der Baugesetze der österreichischen Bundesverfassung - welche eine Volksabstimmung zwingend machen würde - liege daher nicht vor. Zudem ersetze er die Gründungsverträge nicht, sondern überarbeite diese lediglich neu.

Vor allem diese rechtlichen Änderungen scheinen es daher zu rechtfertigen, dass der Vertrag von Lissabon nicht bloß aufgrund seiner nunmehr mildereren Beschriftung als Reformvertrag, ansonsten inhaltlich Ähnliches gewährleisten können darf, wie zuvor schon der Verfassungsvertrag. Vielleicht ein Mitgrund, warum sich der Reformvertrag trotz seiner geänderten Betitelung nicht von seinem Image als getarnte Kopie des Verfassungsvertrages, - der laut Verfassungsdienst in seiner ursprünglichen Fassung einer Volksabstimmung zu unterziehen gewesen wäre - zu lösen vermag.

Die wesentlichen Bestandteile des Reformvertrages sind jedenfalls nicht ganz neu. Der teilweise verschmähte EU-Verfassungsvertrag wurde größtenteils in den neuen Vertrag eingearbeitet - eine Tatsache an der sich unter dem Titel der bewussten Umgehung immer wieder Kritik entzündet: wirklich geändert worden sei nur die Bezeichnung, die Substanz aber sei nahezu dieselbe geblieben, nämlich jene des Verfassungsvertrages. Reformiert werden soll jedoch nicht der Verfassungsvertrag als solches, sondern EGV und EUV, mit den grundsätzlichen und bereits erfolgreich gewonnenen "Ingredienzien" des Verfassungsvertrages. Der Reformvertrag bleibt damit ein Kompromiss - wie fast alles in Politik und Recht.

Den vormalig geäußerten Vorbehalten, dass der ehemalige Vertrag die Bezeichnung "Verfassung" in mehrerer Hinsicht nicht verdiene, scheint mit der Änderung des Titels wohl Tribut gezollt - gerade weil sich die Auffassungen hinsichtlich der Frage, was denn nun eigentlich genau unter dem Begriff "Verfassung" zu verstehen sei, scheiden. Auch die Gründungsverträge selbst werden in manchen Fachkreisen als "Verfassungsverträge" bezeichnet.

Alle Macht dem Volk?

Dass die im Reformvertrag verankerten Gewährleistungen mehr Fort- als Rückschritt für die Demokratie Europas bedeuten, wird überwiegend bejaht. Wertungsfrei lässt sich aber festhalten, dass die EU in einem theoretischen Vergleich mit nationalstaatlichen

Parlamenten und Institutionen, demokratispezifisch sicherlich hinterher hinkt. So hat das europäische Parlament derzeit beispielsweise kein Initiativrecht, es kann daher grundsätzlich keine Gesetzesvorschläge einbringen. Auch der Reformvertrag bringt dahingehend nur in wenigen Ausnahmefällen Änderung. Die Frage ist aber auch, ob ein derartiger Vergleich überhaupt zulässig ist: die EU ist kein Staat.

Nach den geltenden Prinzipien der österreichischen Verfassung ist die Meinung des Bürgers jedenfalls gefragt - allerdings nicht überall oder zumindest nur im Rahmen eines bestimmten Zeitfensters. Sind die Volksvertreter einmal gewählt, so scheint es, obliegt es grundsätzlich diesen im Interesse des Volkes zu agieren. <<



Karikatur: Daniel Jokesch

Wiederentdeckung des Mittelmeers

Am 13. Juli wurde in Paris die "Union für das Mittelmeer" gegründet. Die EU entdeckt das Mittelmeer wieder und die Meinungen schwanken. **Text** Thomas Tötling

Es ist an Frankreich ... die Initiative für eine Mittelmeerunion zu ergreifen, wie es damals die Initiative ergriff um die Europäische Union aufzubauen." Mit diesen Worten präsentierte der damalige Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy im Februar 2007 seine Idee einer Union für das Mittelmeer.

Trojanisches Pferd?

Während man in Frankreich die europäische und kontinentübergreifende Dimension dieses Projekts betont, sehen andere Regierungen eher den Versuch, französischen Interessen mit Hilfe einer multilateralen Konstruktion zum Durchbruch zu verhelfen. Tatsächlich hat Frankreich konkrete politische und wirtschaftliche Interessen im Mittelmeerraum. So stellte Präsident Sarkozy klar, dass für ihn die Türkei keinen Platz in der Europäischen Union habe und stattdessen eine andere Form der Partnerschaft zu bevorzugen sei. Die Union für das Mittelmeer bietet

einen Rahmen, um eine Mitgliedschaft der Türkei zu verhindern, ihr aber gleichzeitig eine umfassende Kooperation anzubieten. Neben den politischen, spielen auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. Die Länder in Nordafrika sind potenzielle Absatzmärkte für französische Nuklear- und Rüstungstechnologie, was immer wieder Thema bei Besuchen französischer Politiker war.

Skepsis

Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel erklärte erst im März ihre Unterstützung für die Union. Der Sorge einiger Mitglieder, dass diese zu einem Auseinanderdriften der EU führen könnte, wirkten die französischen Initiatoren entgegen. So kam es zur Einbindung aller Mitglieder und nicht nur der Anrainerstaaen, sowie zum Verzicht, weitere finanzielle Mittel für die Mittelmeerunion einzuplanen. Die ursprüngliche Version unterlief daher zahlreiche Anpassungen.

Die EU-Kommission hat einen zwiespältigen Zugang. Einerseits könnte die neue Union die Verlagerung politischen Einflusses bedeuten. Die Finanzierung der Mittelmeerunion muss aus den bestehenden Ressourcen des Barcelona-Prozesses erfolgen, die wohl teilweise von der Kommission zur einer neuen Stelle übergehen würden. Außerdem befürchtet man eine Atomisierung der europäischen Politik gegenüber den Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten.

Andererseits bietet die Union für das Mittel-

meer auch die Chance, die Freihandelszone zwischen der EU und den nicht-europäischen Mittelmeerstaaten, wie es im Barcelona-Prozess bis 2010 vorgesehen war, schneller voranzubringen.

Abwarten

Die afrikanischen und arabischen Staaten warten ab. Trotz der Zusicherung Frankreichs an die Regierung in Ankara, dass die Union nicht das Ziel habe, einen türkischen Beitritt zu verhindern, bleibt man eher vorsichtig. Jedoch hat die Türkei ihre aktive Mitarbeit bekundet.

Einige Maghreb-Staaten vermuten hinter dem französischen Vorschlag lediglich eine Fortsetzung des Barcelona-Prozesses, in dem von einer gleichberechtigten Partnerschaft wenig zu merken war. Überdies kommen in Algerien Erinnerung an die Kolonialzeit hoch und Libyens Präsident Gaddafi verzichtet auf eine Teilnahme.

Die EU und die nicht-europäischen Anrainerstaaen teilen gemeinsame Interessen (Reinigung des Mittelmeeres, Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen). Die Mittelmeerunion kann eine Chance sein, den 1995 initiierten Barcelona-Prozess neu zu beleben und der europäisch-mediterranen Kooperation einen höheren Stellenwert zu verleihen. Jedoch muss der EU klar sein, dass eine solche Kooperation auf gleichberechtigte Weise stattfinden muss. <<

In Brief:

Die Teilnehmerstaaten an der Mittelmeerunion sind die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie (im Uhrzeigersinn aufzählend) Monaco, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Albanien, Türkei, Syrien, Libanon, Jordanien, Isreal, Palästinensische Autonomiebehörde, Ägypten, Tunesien, Algerien, Marokko und Mauretanien.

Scotland: Europe's 48th State?

Since May 2007, Scotland is governed by separatists. The SNP promises that in 2010 a popular referendum on Scottish independence will take place. Consequently, the UK might cease to exist and just another new state in Europe will be formed. **Text** Johannes Langer

Alex Salmond, the talented leader of the Scottish National Party (SNP), who favours Scottish independence, promised that in 2010 a referendum on Scottish independence is going to take place. And the outcome might be in favour for the nationalists, although most polls are showing that, at the moment, only 30% of the Scots are in favour of a separation.

The Scots were never enthusiastic about the union with London. In 1707, the parliaments of Scotland and England were united in the so-called "Act of Union", which created the United Kingdom of Great Britain. England was dominating from the beginning, while Scotland has been the inferior partner ever since. Therefore many Scots, to a lesser or greater extent, demanded independence during the last three centuries.

Rising nationalism

Some analysts believed that the pressure about the debate on independence in the late 1990s disappeared as Tony Blair established a Scottish parliament, with responsibility over areas like health, social services and education. By devolution, as this transfer in power is called, Blair hoped that Scottish nationalism would vanish. Instead, devolution has only magnified the Scots' differences with the English and national pride has grown over the last ten years.

Since the SNP won the regional elections in May 2007 by a small share against Labour, it is forming the Scottish government. Salmond has proven during the last year that the nationalists plausibly can govern at home. He enacted a series of radical social-service measures. In contrast to the residents of the rest of Britain, Scots do not ha-

ve to pay university tuitions anymore and free personal and nursing care for the elderly is offered. This is made possible through extra money from London - which is driving mad the Tories in London who claim that it is unfair that the English have to pay for the Scots.

Yet it will be the same Tories who much likely are going to be elected into British government until June 2010. That is something the Scots fear - and it will take place before the referendum. So far the Scottish electorate, traditionally leftist, is still speaking about the Tories with a real distaste by a significant majority. Hence, the referendum offers the Scots a neat way of escaping a Tory government - by leaving the union.

In two years, the situation should be more favourable to the nationalists. Not only will there be the feared prospect of a Tory government, but Salmond will have had two more years of so far popular SNP government, and the "no" campaign will be led by a split and weak Labour party. And one might ask how much the Conservatives will campaign for saving the union, bearing in mind they complain so much about the subsidies Scotland is receiving.

The unions' prospects are bleak

At present, opinion polls are fluid. What seems clear from the polls is that the preferred current option for most Scots is a parliament with greater powers - e.g. over taxes and benefits - but within the UK. But crucially, when the option of greater powers is removed, the polls show virtually an even split for and against independence. This might have the effect that occasional nationalists will become committed independence supporters and follow the SNP.

Guy Lodge, a senior research fellow at the Institute for Public Policy Research, compares the UK with Czechoslovakia in the International Herald Tribune in July this year. "When the Czechs and the Slovaks split, it wasn't because of a massive fight - it was because no one would put forward a good case for keeping them together. In the 21st century in Great Britain, no one's put forward a clear, compelling case for why the union matters." In case it is not shown to the Scots why the union matters until 2010, the union's prospects are looking gloomy indeed: another state in Europe might be created soon. <<

Just another state in Europe will be created soon in case it will not be shown why the union matters.



Kritikern zum Trotz

Einmal mehr ist es den Österreichischen Streitkräften gelungen, durch Professionalität zu überzeugen. Mit dem Einsatz im Tschad wurde eine neue Ära der Auslandseinsätze eingeleitet.

Text Christian Segur-Cabanac

Bedingt durch die Regenzeit im Einsatzraum von EUFOR TCHAD/RCA sind die Rebellen gezwungen eine operative Pause einzulegen. Dies stellt in zeitlicher Hinsicht eine Zäsur dar und bietet Gelegenheit den österreichischen Beitrag zu dieser zukunftsorientierten EU-Operation mit humanitärer Zielsetzung einer ersten Analyse zu unterwerfen.

Für eine abschließende Bewertung ist es gegenwärtig noch zu früh, die letzten Teile von EUFOR fließen gerade in den Einsatzraum ein. Nichtsdestotrotz war das Österreichische Kontingent gleichsam als Speerspitze unter den ersten in das Einsatzgebiet verlegten Truppen von EUFOR und hat die Halbzeit des Einsatzes bereits überschritten. Somit sind die folgenden Ausführungen als Zwischenresümee zu verstehen.

Der Mann an der Spitze von EUFOR, General Nash, attestiert im Rahmen des "Mid Mandate Review" eine Verbesserung der Sicherheitslage und die Stärkung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bevölkerung.

Die Abschreckung vor kriminellen Aktivitäten ist zur Realität geworden. Der Rückzug der Banditen und Rebellen geschieht eher, als eine direkte Konfrontation mit EUFOR-Truppen einzugehen. Die Behauptung der Unparteilichkeit der EU-Truppe wurde unter Beweis gestellt. Somit konnte ein Momentum der positiven Entwicklung geschaffen werden.

Von Anfang an sind Österreichische Soldaten an dieser Entwicklung beteiligt. Dem Österreichischen Kontingent wird ein hoher Stellenwert eingeräumt. Diesem Zustand wurde schon alleine dadurch Rechnung getragen, dass verschiedene europäische Streitkräfte ihre Spezialeinsatzkräfte, klare Hochwertelemente, unter eine österreichische Führung gestellt haben. Die Funktion des Kommandanten der Teilstreitkraft Spezialeinsatzkräfte hat gegenwärtig ein Österreichischer Offizier inne.

Oftmals wurde die mangelnde Afrikatauglichkeit bzw. -erfahrung und damit die Eignung des Österreichischen Bundesheeres

für diesen Einsatz kritisch hinterfragt. Eine nahezu 50-jährige Erfahrung in friedensunterstützenden Einsätzen wurde dabei ebenso außer Acht gelassen wie die einschlägigen Erfahrungen, die unter anderem bereits im Kongo, in Ruanda in der Westsahara und in Mosambik gemacht werden konnten.

Entgegen den publizierten Unkenrufen konnte mittlerweile die mediale Trendwende geschafft werden. Somit kann man mit Fug und Recht behaupten, dass sich das Österreichische Bundesheer mit Taten zur Wehr gesetzt hat und durch eine saubere Auftrags Erfüllung die Kritiker eines Besseren belehrte.

Die fordernde geographische Lage des Einsatzraumes und das extreme Klima werden genauso gemeistert wie die Auswirkungen des strukturschwachen Gastlandes. Die Fähigkeit sich unter extremen Zeitdruck mit einem Österreichischen Kontingent an Maßnahmen des internationalen Krisenmanagements zu beteiligen konnte unter Beweis gestellt werden - dies sowohl in planerischer Hinsicht als auch später in der konkreten Umsetzung. Unter allen truppenstellenden Nationen war Österreich immer unter den ersten.

Die erfolgreiche Beteiligung im Rahmen von EUFOR TCHAD/RCA kann vielleicht einen Beitrag dafür leisten, dass in weiterer Folge mehr Vertrauen in das Bundesheer gesetzt wird und Einsätze dieser Art, die durchaus als zukunftsorientiert zu betrachten sind, nicht mehr jener Kritik ausgesetzt sind, wie wir sie um die Jahreswende bedauerlicherweise zur Kenntnis nehmen mussten. Einmal mehr ist auf die Österreichischen Soldaten Verlass. <<

Österreichische EUFOR-Truppen auf dem Weg von der Hauptstadt N'Djamena nach Abéché im Osten vom Tschad.





Wahlkampf, Wahlkampf über alles!

Text Cäcilia S. Smekal

Das periodisch wiederkehrende Ritual vorgetäuscht unterwürfiger Anbiederung an das zu Herden zusammengetriebene "Volk" ist für mich wie Weihnachten und Geburtstag zusammen. Ich stehe einfach drauf, mir hochnäsiger einzubilden, den gesamten Zirkus mit der Distanz der Intellektualität zu beobachten. Jaha, mir kann niemand etwas vormachen, alles wird durch die entlarvenden Brille des Bewusstseins über die Inszenierung betrachtet. Händeschütteln, Baby am Arm, einen ordentlichen Tropfen mit der einfachen Bevölkerung heben - das ist etwas für Anfänger.

Aber ich durchschaue die schweren Kaliber: Wo sitzt der Scheitel während der TV-Konfrontation? War diese Andeutung Strategie oder ein Unfall? Kommt diese oder jene Sprechhülse aus der Feder des Wahlkampfmanagers oder ist hier das Wachstum des eigenen Mistes erkennbar? Und wieso zum Geier ist dieser Krawattenknopf so dick gebunden? Im Gegensatz zu den meisten, die ich kenne, bejahe ich auch mutig: "Ich liebe Wahlkampf!" Mit diesem Satz steht man meist allein da. Trotzdem: Kaum eine Zeit ist so lustig und von allgemeiner Politisierung der Menschen infiziert wie Wahlkampf.

Dabei ist es mir als Schaulustiger auch egal, welche Wahl zur Debatte steht, mir geht's ja hauptsächlich um die Technik. Ich nehme auch gerne jene Wahlkämpfe, die sich sonst so auf der Welt abspielen, ob USA, Deutschland oder Pakistan. Denn vier oder ab nun fünf Jahre kann ich nicht immer warten. Auch wenn nach der Wahl vor der Wahl ist. Wenn man in die USA blickt, wo die KonkurrentInnen so durchchoreographiert sind, dass man ihr Coaching kaum mehr erkennt,

muss man "Chapeau" sagen und sich bei einem Vergleich mit heimischen Gefilden eigentlich peinlich berührt unter der Bettdecke verstecken. Denn bei uns benehmen sich die übertrainierten PolitikerInnen ja oft, als wären sie talentlose Sprechpuppen eines Provinztheaters. Umso lustiger ist es dann. Besonders wenn sie nach amerikanischem Vorbild gerne mal in niveaulosere Schubladen greifen, einige Medien nehmen ja gerne, was sie von dort erhalten.

Sie, verehrte LeserInnen, denken als Demokratie verstehende Menschen wohl illusionär an Inhalte. Können Sie gleich vergessen, gibt's nicht in der massenmedial infiltrierten Landschaft der Politik. Und im Wahlkampf schon gar nicht. Alles läuft im Grunde auf eine Frage hinaus: Ist dieser Mensch charismatisch und telegen genug, damit nicht alle sofort umschalten, wenn sie ihn sehen? Da kann er noch so gute Ideen haben, gewählt würde er nicht, wenn die Antwort Nein lautet. Das hat überhaupt nichts mit der Intelligenz der Menschen zu tun, sondern mit der Flut an Informationen und Bildern. Tja, die Spielregeln haben sich eben geändert.

Glauben Sie mir, wenn man sich einmal bittersüß eingestanden hat, dass Wahlkampf mit den vielbeschworenen Inhalten nichts zu tun, kann man ihn auch genießen. Darüber muss man sich auch nicht ärgern - es heißt ja auch nicht, dass generell keine Politik mehr betrieben wird. Man muss nur das System verstehen. Aus der Distanz. Und ehrlich: Wann darf man sonst so ungestraft und gnadenlos über Menschen urteilen, die sich dazu auch noch freiwillig gemeldet haben? Eben.



1 Milliarde für Kyoto-Klimaziel?

Österreich ist momentan von den notwendigen Treibhausgasreduzierungen durch das Kyoto-Protokoll meilenweit entfernt. Im EU-weiten Vergleich liegt die Bundesrepublik sogar an einer der letzten Stellen. Das kann teuer werden. **Text** Klaudia Feurle

Grüne Wiesen, klare Bergluft, Ruhe und Erholbarkeit, dies alles sind Begriffe mit denen Tourismus Österreich für unsere kleine mitteleuropäische Alpenrepublik erfolgreich Werbung betreibt. Und obwohl Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Ländern oft mit herausragenden Umweltschutzleistungen punktet und als umweltfreundliches Vorzeigeland angepriesen wird, ist nicht alles so grün und sauber wie es sein sollte. Laut Daten des Umweltbundesamtes hätte Österreich seine Treibhausgasemissionen schon 2005 um fast 30 Prozent (!) reduzieren müssen um das Kyoto-Klimaziel einhalten zu können. Und auch heute verpufft der Alpenstaat noch über ein Drittel mehr an Kohlendioxid (CO₂) als er laut Kyoto-Verpflichtung dürfte. Zwischen 1990 und 2003 sind die Treibhausgasemissionen in Österreich prozentuell gesehen sogar stärker angestiegen als in den USA. Um die vorgenommenen Ziele zu erreichen, müsste der Klimasünder Österreich im Moment beispielsweise den kompletten Verkehr oder einen Großteil der Industrien lahm legen.

Vorbildliche Selbstverpflichtung?

Mit dem Kyoto-Protokoll, das 2005 in Kraft trat, wurden das erste Mal völkerrechtlich verbindliche Ziele für den Ausstoß von Treibhausgasen festgelegt, um gegen die globale Erwärmung ankämpfen zu können. Die hauptverantwortlichen Gase für den Klimaerwärmung sind CO₂, Methan und Lachgas.

Von den Industrieländern verlangt das Protokoll, dass sie ihre Treibhausgasemissionen zwischen 2008 und 2012 gegenüber dem Jahr 1990 um durchschnittlich 5,2% reduzieren. Je nach der wirtschaftlichen Entwicklung haben die einzelnen Länder dabei aber

unterschiedliche Vorgaben. Die Europäische Union hat sich dazu verpflichtet, ihre Treibhausgase in dieser Periode um 8% gegenüber 1990 zu reduzieren.

Österreich hat sich mittels des Kyoto-Protokolls im Rahmen der EU-internen Lastenaufteilung sozusagen freiwillig und vorbildlich verpflichtet, seine Treibhausgase bis 2012 um 13% zu verringern. Umweltexperten sind allerdings der Meinung, dass Österreich ein etwas zu ambitioniertes Ziel auf sich genommen hat und sprechen von einer starken Selbstüberschätzung der eigenen Möglichkeiten.

Viele Möglichkeiten

Die Hauptursachen für die hohen CO₂-Emissionen in Österreich sind auf die Bereiche Verkehr, Industrie und Energieaufbringung zurückzuführen. Obwohl die österreichische Regierung den Ausbau von sauberen oder alternativen Energien oder etwa das Energiesparen durch Gesetze, höhere Steuern oder Förderungen unterstützt, hat sich an der österreichischen Umweltpolitik bislang noch nichts Grundlegendes verändert. Und auch die Aktionsprogramme die in der nationalen Klimastrategie vermerkt sind, werden für die Zielerreichung nicht ausreichend sein.

Potential für treibhausgasreduzierende Maßnahmen sehen Umweltexperten in Österreich vor allem in der Wohnbausanierung sowie im Ausbau der erneuerbaren Energien für die Stromerzeugung. Sonne, Wind, Wasser oder Biomasse haben laut österreichischem Biomasse-Verband noch große, unausgeschöpfte Potentiale. An Möglichkeiten mangelt es also nicht. Was der Zielerreichung bis 2012 eher im Wege stehen wird, ist der Mangel an politischem Wille.

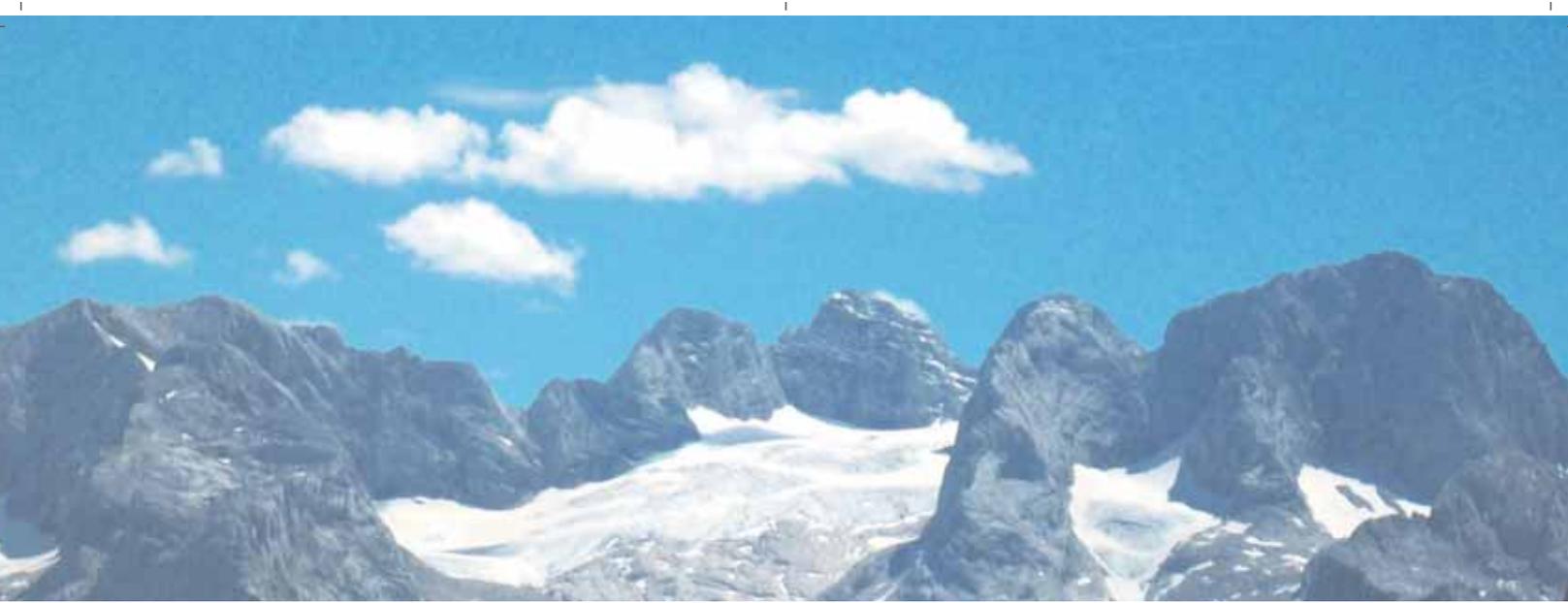
Flexible Mechanismen

Falls die Treibhausgase im eigenen Land nicht reduziert werden, bietet das Kyoto-Protokoll einige alternative Mechanismen an, die dabei hilfreich sein sollen den CO₂-Ausstoß weltweit zu reduzieren. Eine Möglichkeit besteht darin Emissionsrechte zuzukaufen. Dies bedeutet, dass sich Industriekonzerne innerhalb der EU durch den Kauf von Emissionsrechten von ihren zu hohen CO₂-Emissionen "freikaufen" können.

In Österreich würde der Bedarf an Emissionsrechten bei den derzeitigen CO₂-Ausstößen etwa 20 bis 30 Millionen Tonnen (CO₂) ausmachen. Bei einem Preis von etwa 10 Euro pro Tonne CO₂ würde dies in 5 Jahren ca. 1,5 Milliarden Euro ergeben. Österreich müsste sich seine Kyoto-Zieleinhalten also teuer erkaufen.

<http://www.pixelio.de/> / Stefanie Abel





Andere flexible Mechanismen wären etwa die "Joint Implementation" - die gemeinsame Implementierung von Emissionsreduktionsprojekten zwischen Ländern, oder dem "Clean Development Mechanism", mit welchem Industrieländer Emissionsreduktionsprojekte in Entwicklungsländer implementieren können anstatt selbst Emissionsreduktionen durchzuführen. Nach den vorhandenen Daten müsste Österreich auch diese Mechanismen in Anspruch nehmen um seine Kyoto-Ziele erreichen zu können.

1 Milliarde Euro?

Damit die Luft aber auch in Österreich besser wird, wäre eine nahe liegende Option natürlich auch die verstärkte Investition in treibhausgasreduzierende Maßnahmen. In einer "Kyoto-Optionen-Analyse" hat die

Österreichische Kommunalkredit AG untersucht, wie das Kyoto-Ziel in Österreich erfüllt werden könnte. Resultat der Untersuchung ist ein zusätzlicher Investitionsbedarf von 1,2 bis 1,4 Milliarden Euro in treibhausgasreduzierende Maßnahmen für die Dauer von zehn Jahren.

Zusätzlich wurde diesbezüglich eine notwendige Anreizfinanzierung von 300 bis 350 Millionen Euro pro Jahr errechnet. Nicht zu vergessen ist allerdings der positive und nicht unbedeutende Beschäftigungseffekt der sich dadurch ergeben würde. Im weitesten kann die Umsetzung von treibhausgasreduzierenden Maßnahmen ökonomisch gesehen also durchaus mit dem Kauf von Emissionsrechten verglichen werden. Die Auswahl der Option sollte demnach nicht schwer fallen.

Handeln notwendig

Trotz allen Bemühungen konnte das Kyoto-Protokoll bisher am allgemeinen Wachstumstrend der wichtigsten Treibhausgase nur wenig ändern. Nicht nur Österreich zählt momentan zu den Klimasündern. Auch viele andere Länder sind von der Klimaziel-Erreichung noch weit entfernt. Trotzdem darf nicht vergessen werden, dass das Kyoto-Protokoll auf dem Weg zu einem ausreichenden globalen Klimaschutz nur ein kleiner Schritt ist. Insofern sollten und müssen wir dieses Ziel mit voller Tatkraft und gemeinsamen Engagement und vor allem jetzt angehen.

Viel Innovation, Umdenken und Kreativität wird noch gefragt sein, damit dieses erste Ziel erreicht werden kann. Und dabei wird Österreich eventuell tief in die Tasche greifen müssen. Fakt ist, dass Staatenvertreter schon jetzt Post-Kyoto-Kriterien für zukünftige, erweiterte Treibhausgasreduzierungen für nach 2012 verhandeln. Die jetzt gültigen Ziele stellen also erst einen Anfang dar.

Österreich sollte auf jeden Fall seine freiwillig eingegangenen Selbstverpflichtungen verantwortungsvoll und vorbildlich umsetzen, nicht zuletzt um seinen Ruf als kleines, sauberes und grünes mitteleuropäisches Urlaubsland aufrecht zu erhalten. Denn eines darf bei alledem nicht vergessen werden, für Österreich steht nicht nur eine große Geldsumme auf dem Spiel, sondern auch unsere gute Luft. <<

Viel Geld wird versickern, wenn Österreich nicht konsequenter die Kyoto-Verpflichtungen einhalten wird.



Jugend für eine Welt ohne Armut

Mehr als 50% der Weltbevölkerung ist jugendlich. Diese demographische Lage legt es nahe, die Jugend als Schlüssel zur Lösung von Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu sehen. Auch am 4. WYC stand das Konzept des *youth-led-development* im Zentrum der Aufmerksamkeit. **Text** Gregor Novak

Im August versammelten sich in der frankophonen kanadischen Provinz Québec 600 Jugendliche aus 120 Ländern auf Einladung der internationalen Nichtregierungsorganisation Peacechild International zum 4. Weltjugendkongress (WYC). Die Organisation sieht ihren Namen einer alten papua-neuguineischen Tradition des Kinderaustausches zwischen verfeindeten Stämmen zur Friedenssicherung entstammen und setzt sich für *youth-empowerment*, die Förderung der nachhaltigen und von Jugendlichen getragenen Entwicklung sowie die Umsetzung der Millenniumsziele der UN ein.

Durch die Millenniumsziele der UN setzten sich die Mitgliedstaaten im Jahre 2000 acht messbare Ziele im Bereich der Armut- und Krankheitsbekämpfung sowie der Sterblichkeit und des Umweltschutzes. Abgesehen von Problemen bei der Zielsetzung selbst und der Messbarkeit der Resultate werden trotz beachtlicher Teilerfolge wegen fehlen-

der Verantwortlichkeit und einem Mangel an Finanzierung die UN-Millenniumsziele bis 2015 wohl nicht erreicht werden können. Der Aufruf der Teilnehmer des WYC, die Jugend und die Zivilgesellschaft vermehrt als Partner im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu sehen, sollte also neue Perspektiven eröffnen, um der erschreckenden Tatsache, dass derzeit mehr als eine Milliarde Menschen an Unterernährung und schwerster Armut leiden, endlich mehr Taten folgen zu lassen.

Die WYC-Serie begann im Jahre 1999 in Hawaii, danach gab es Weltjugendkongresse in Schottland und in Marokko. Der Kongress selbst lief nach dem dreigliedrigen Schema der WYC Serie ab, bestehend aus *celebration*, *skillbuilding* und *action*. Im *celebration* Teil wurden die Teilnehmer motiviert, aktiv zu werden. Dank eines aufwendigen Kulturprogramms, brennender Reden und einer improvisierten Demonstration gelang das auch recht professionell, wirkte aber manchmal

etwas konstruiert und pathetisch. Im anschließenden *skillbuilding* Teil wurden aktive Jugendliche mit Verantwortlichen aus internationalen Organisationen und Institutionen in Kontakt gebracht.

In Workshops wurde Wissen vermittelt und die Erfahrungen der Teilnehmer ausgetauscht. Zu Ende des *skillbuilding* Teils konnten TeilnehmerInnen Projektanträge formulieren und an die Organisatoren richten, wobei angenommene Projekte mit rund 1.000 USD gefördert wurden. Der *action* Teil des Kongresses bestand schließlich aus *action projects*, bei denen sich Teilnehmer an bestehenden Jugend- und Umweltprojekten in Québec beteiligen konnten. Eine Besonderheit des WYC war auch die Einbeziehung von Informations- und Kommunikationstechnologie, wodurch neue Möglichkeiten, ressourcensparend Menschen aus der ganzen Welt in Kontakt zu bringen, aufgezeigt wurden. Der Kongress schloss mit einem Ausblick auf den WYC in Istanbul im Jahre 2010, der sich noch ambitioniertere Ziele setzt als sein Vorgänger.

Der Kongress war eine einmalige Gelegenheit mit vielen Schlüsselakteuren und peers im Bereich der Entwicklungspolitik in Kontakt zu kommen. Die Organisatoren, unter denen sich auch der österreichische Verein United Games of Nations befindet, haben es geschafft, viele relevante Personen und Institutionen nach Québec zu bringen und somit den WYC zu einem sichtbaren Teilerfolg auf dem Weg zu einer Welt ohne Armut zu machen. <<

Sieben junge Menschen aus Ghana, Niger, Sri Lanka, Kanada, Österreich, Afghanistan und Kenia, die die Welt verändern möchten.



Photo Gregor Novak

Bedeutungsloses 68 - Eine Polemik

40 Jahre nach dem Jahr, nach dem eine Studentenbewegung in Deutschland und weltweit benannt wurde, sind die Medien voll von Rückblicken, Analysen und persönlichen Erlebnisberichten. Doch welche Bedeutung hat 68 heutzutage für junge Menschen/Studierende? **Text** Hannes Neiss

In der deutschen Öffentlichkeit wird im linken Politikspektrum 68 als Symbol benutzt. Ohne konkrete inhaltliche Anknüpfungspunkte außer einer allgemein kritischen Einstellung gegenüber Staat und Kapitalismus wird versucht linke Politik unter dem Banner 40 Jahre 68 zu organisieren.

Gleichzeitig kommen aus dem rechten, bürgerlichen Lager diverse Versuche in Talk-Shows, Aktivisten der Studentenbewegung als undemokratisch darzustellen oder gar die gesamte Bewegung mit dem nationalsozialistischen Studentenbund zu parallelisieren (Götz Aly).

Beides rührt daher, dass die 68er als eine "linke" Bewegung gelten. Dies ist hauptsächlich auf die Forderungen nach Sozialismus, Enteignungen und Solidarierungen mit sozialistischen Regierungen zurückzuführen. Eine hauptsächlich von Studenten getragene Bewegung forderte damals den Hochschulzugang für breitere Schichten zu öffnen. Dies ist auch gelungen. Allerdings haben Arbeiterkinder von dieser Ausweitung weniger profitiert als Akademiker- und Mittelschichtskinder.

So wird von einigen 68 als ein Machtkampf der aufstrebenden akademischen Mittelschicht gesehen zu Zeiten geburtenstarker Studentenjahrgänge, die in einem Arrangement mit der herrschende Klasse endete, von dem besonders die Mittelschicht profitierte, unter der Bedingung, dass die tatsächlichen Herrschaftsstrukturen unangetastet bleiben. Bis heute hält dies an. Und nicht wenige 68er sind den langen Marsch durch die Institutionen gegangen, um in den letzten Jahren auf Basis dieses Arrangements die Politik zu bekämpfen, die sie damals gefordert und nicht durchgesetzt haben.

Schaut man sich also nun an, was von 68 üb-

rig geblieben ist, so wird man feststellen, dass 68 im Ergebnis eine liberale und keine linke Bewegung gewesen ist. Emanzipation der Frau, weniger staatliche Eingriffe in das Familienleben, langfristig gesehen die Homo-Ehe und eine Bundeskanzlerin sind unter anderem auch auf 68 zurückzuführen.

68 dient also außer zu Grabenkämpfen zwischen Rechts und Links zu kaum etwas mehr. Eine klare Abgrenzungsmöglichkeit zur Elterngeneration wie damals auf Grund der Nazizeit möglich und notwendig war, haben junge Menschen heutzutage nicht mehr. Alt-nazis besucht man sonntags im Altersheim. Neonazis aus allen Altersklassen machen Jugendarbeit und Kommunalpolitik im Osten und veranstalten Musikkonzerte für ein wiedererstarkendes Nationalbewusstsein. Generationale Abgrenzung oder Aufbegehren ist so nicht möglich.

Es gibt keine neue Studentenbewegung und es wird auch keine in naher Zukunft geben.

Obwohl Politik gemacht wird, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderklaffen lässt, gibt es noch genügend Plätze bei den Gewinnern. Es lohnt sich also mehr seinen Bachelor in Rekordzeit und mehrere (unbezahlte) Praktika zu machen, um seinen eigenen Marktwert gegenüber den anderen zu erhöhen, als gemeinsam auf die Straße zu gehen für eine gerechte Gesellschaft. Divide et impera: Die ehemaligen 68er freuen sich und betreiben Hand in Hand mit ihren bürgerlichen Kollegen weiterhin Sozialabbau, Aufrüstungspolitik sowie den Ausbau des Überwachungs- und Repressionsstaats.

68 könnte daher wie Che Guevara als reines Symbol auf einem T-Shirt zur Bedeutungslosigkeit verkommen. Doch eignet sich das Foto von Friederike Hausmann über Benno Ohnesorg gebeugt wohl weniger zur kommerziellen Ausschlichtung als T-Shirt Aufdruck. So muss 68 seine Bedeutungslosigkeit ohne T-Shirt fristen. <<



Karikatur: Daniel Jakesch

Gepflegtes Streiten im Debattierclub

Was auf Schulen und Universitäten im angloamerikanischen Raum schon seit langem Tradition hat, hält nun seit einigen Jahren auch in Österreich Einzug. Debattierclubs erfreuen sich hierzulande stets wachsender Beliebtheit. **Text** Ulrich Kopetzki

In Debattierclubs rund um die Welt treffen sich junge Menschen zum rhetorischen Schlagabtausch und kreuzen verbal die Klängen. Während der älteste Debattierclub der Welt, der des traditionsreichen Trinity College in Dublin, bereits seit 1770 seine Pforten geöffnet hat, steht die Debattiergemeinschaft in Österreich noch auf sehr jungen Beinen. Der Debattierclub des Akademischen Forums für Außenpolitik wurde ein Vorreiter dieser Entwicklung in Wien, als er 2004 in den Räumlichkeiten der Diplomatischen Akademie zum ersten Mal eine Debatte veranstaltete.

Seitdem finden sich in regelmäßigen Abständen - seit Kurzem auch in den neu gegründeten AFA-Debattierclubs in Salzburg und Graz - vor allem Studierende und junge

Berufstätige zusammen, um im Rahmen einer geregelten Debatte sowohl tagespolitische als auch grundsätzliche Themen zu diskutieren. Dabei steht das spielerische Trainieren der rhetorischen Fähigkeiten der Teilnehmer im Vordergrund.

Debattieren nach geordneten Regeln

Während es bei einer Debatte in einem Debattierclub meist sehr hitzig zugeht und sowohl Redner als auch Publikum schnell emotional werden können, geschieht dies alles unter strengen formalen Regeln. Ein einfaches Regelwerk, angelehnt an das Format der offenen parlamentarischen Debatte, soll einen reibungslosen und geordneten Ablauf des Schlagabtausches gewährleisten.

Zu einem immer erst kurz vor der Debatte entschiedenen Thema, auf das sich der Vorsitzende mit den insgesamt sechs Rednern und Rednerinnen eine halbe Stunde vor Beginn der Debatte einigt, treten zwei Teams gegeneinander an. Eine Debatte besteht aus einer Pro- und einer Contra-Seite. Jede Fraktion besteht aus drei Rednern, wobei jedem Redner seine Position zugewiesen wird. Es kann so niemand davon ausgehen, seine eigene Meinung vertreten zu dürfen.

Die Redner wechseln einander ab, ihre Redezeit ist auf sieben Minuten beschränkt. Während neue und noch unerfahrene Teilnehmer bei ihrer ersten Debatte noch selten die gesamte Zeit ausnützen, gewinnen sie im Laufe ihrer nächsten Debatten stets an Erfahrung und müssen zu einem großen Teil schon nach einigen Debatten Übung unsanft per Hammerschlag auf das Ende ihrer Redezeit aufmerksam gemacht werden.

Chaotisches Durcheinanderreden gibt es nicht - wer es doch tut, wird vom Vorsitzenden schnell zur Ordnung gerufen. Wer dem Redner eine Frage stellen möchte, muss dies durch Aufstehen signalisieren und warten, bis ihm das Wort erteilt wird.

Auch das Publikum ist involviert. Es sind kurze Zwischenrufe erlaubt und bevor die letzten beiden Redner zu der Schlussrede ihrer Seite antreten, gibt es für Publikumsgäste die Möglichkeit, im Rahmen einer sogenannten fraktionsfreien Rede selbst Stellung zu beziehen und sich für den ein oder anderen Standpunkt auszusprechen. Am Ende der Debatte stimmt das Publikum ab, welche der beiden Seiten die besseren Argumente brachte und überzeugender wirkte.

Ein Redner der Pro-Seite präsentiert dem Publikum die Vorschläge seines Teams.



Rhetorik oder Dampfplauderei?

"Allein der Vortrag macht des Redners Glück!", behauptet Wagner, der weltliche und kleingeistige Assistent Fausts in Goethes Werk, und zieht damit heftigen Widerspruch seines Meisters auf sich:

"Such' Er den redlichen Gewinn! Sei Er kein schellenlauter Tor! Es trägt Verstand und rechter Sinn mit wenig Kunst sich selber vor; Und wenn's Euch Ernst ist, was zu sagen, ist's nötig, Worten nachzujagen?"

Oft müssen sich Debattierclubs den Vorwurf gefallen lassen, es gehe ihnen alleine um die Übung sogenannter "Kampf-Rhetorik", um sinnloses Streiten um des bloßen Rechthabens willen, um das Überzeugen des Publikums von beliebigen und austauschbaren Standpunkten, ohne den Anspruch auf Erkenntnisgewinn.

Gleich vorweg: Auch das findet man in einem Debattierclub. Nämlich dann, wenn man sich als Redner vor die Herausforderung gestellt sieht, das Publikum nun beispielsweise von der Einführung der Sklaverei überzeugen zu müssen. Doch im Debattierclub üben die Redner nicht nur das Spiel mit Worten. Geübt wird Rhetorik im Sinne Aristoteles'. Dieser beschrieb Rhetorik als "die Kraft, alles ausfindig zu machen, was in der Rede überreden kann".

Idealerweise geht es in einer Diskussion immer um die Wahrheitsfindung. Dass dies in der Realität nicht der Fall ist, ist offensichtlich. Die Notwendigkeit, seinen Standpunkt überzeugend präsentieren zu können und sich dabei, falls nötig, auch des ein oder anderen rhetorischen Kniffs zu bedienen, liegt somit, um es mit den Worten Arthur Schopenhauers zu sagen, in der "natürlichen Schlechtigkeit des menschlichen Geschlechts. Wäre diese nicht, wären wir von Grund aus ehrlich, so würden wir bei jeder Debatte bloß darauf ausgehen die Wahrheit zu Tage zu fördern."



Um die Zuhörer zu überzeugen, weist der Redner der Contra-Seite auf Schwächen des anderen Teams hin und präsentiert seine Vorschläge.

Da dies nicht so ist, und da es geübten Rednern mit schlechten Absichten nur allzu oft gelingt, Beistehender von einer Sache, in der sie objektiv Unrecht haben, mittels rhetorischer Tricks zu überzeugen, muss es die Pflicht eines jeden an der Vertretung der Wahrheit interessierten Menschen sein, sich selbst jenes Handwerkszeug anzueignen, mit dem andere ihre falschen Standpunkte so überzeugend zu vertreten wissen.

So lange also nur eine Seite bewaffnet in den rhetorischen Ring steigt, ist die Chance auf ihren Sieg in der Debatte groß, ungeachtet der Falschheit ihres Standpunktes. Um einen fairen Wettstreit zu gewährleisten, damit nämlich nicht derjenige mit guten Argumenten den Wettstreit gegen seinen Kontrahenten mit den schlechteren Argumenten verliert, ist es das Gebot, sich selbst rhetorisch zu bewaffnen.

Dabei schließen rhetorische Kniffe und sachliches Argumentieren einander nicht aus. Denn gerade wenn beide Seiten ihre Argumente gleichermaßen geschickt präsentieren, wird am Schluss jener überzeugender wirken, der neben überzeugender Rhetorik auch noch die besseren Argumente auf seiner Seite hat.

Am Ende soll die Beweiskraft des besseren Argumentes eine Debatte entscheiden. Im Debattierclub lernt man, gute Argumente zu finden und diese gut zu verpacken. Man lernt, die unsachlichen rhetorischen Tricks seiner Gegner zu erkennen, um sie aufzeigen zu können und somit die Debatte sachlich zu halten. Wenn man will. Im Debattierclub wird das rhetorische Werkzeug geübt. Wie es jeder Einzelne anwendet, bleibt schlussendlich ihm überlassen.

Fazit

Debattierclubs fördern Streitkultur und Reflexionsfähigkeit, Überzeugungskraft sowie klares und strukturiertes Denken. All dies sind Schlüsselqualifikationen, die in Studium, Beruf und Alltag gleichermaßen wichtig sind. Die Teilnahme an einem Debattierclub stellt somit nicht nur einen wertvollen Bonus im Lebenslauf dar, sondern ist für jeden, der seine Rede und sein Auftreten üben will, eine Bereicherung.

Die aktuellen Termine der AFA-Debattierclubs in Wien, Salzburg und Graz finden sich unter <http://www.debattierclub.org> <<

Georgien und Iran auf der Agenda

Von 3. bis 7. August 2008 fanden sich rund 250 Studierende und Jungakademiker aus Österreich und etwa 40 Nationen weltweit in der Wiener UNO-City ein, um in einer UNO-Simulationskonferenz an Resolutionen zu aktuellen Weltthemen zu arbeiten.

Text Michael F. Pfeifer

Weltweit finden seit vielen Jahrzehnten sog. "Model United Nations (MUNs)" statt, in denen die Verhandlungen der Vereinten Nationen nachgespielt werden. Ziel der Simulation ist, sich in die Rolle eines Staatenvertreters zu versetzen, zu erkennen, wie diplomatische Verhandlungen ablaufen und somit die Arbeit der Vereinten Nationen besser verstehen zu können. Nebenbei werden Kenntnisse in Rhetorik, Argumentationstechnik und internationaler Politik trainiert.

Die "Vienna International Model United Nations (VIMUN)" wird vom Akademischen Forum für Außenpolitik (AFA), der Jugend- und Studierendenorganisation der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen, seit 1995 jährlich veranstaltet.

Die Jugendlichen wählen dabei eines von sechs sogenannten Committees (Sicherheitsrat, Menschenrechtskommission etc.), in dem sie die Position eines Staates - und dabei nicht die ihres eigenen - vertreten müssen, um zum gegebenen Thema über eine Resolution zu verhandeln. Die Verhandlungssprache ist hierbei ausschließlich Englisch.

"Der Kongress tanzt"

Im Gefüge aller Model United Nations weltweit kommt der VIMUN nicht zuletzt dadurch eine besondere Rolle zu, da die Veranstaltung in der Wiener UNO-City, also gewissermaßen am "Originalschauplatz" stattfindet und den Delegierten auch das - für internationale Wiener Konferenzen typische - Rahmenprogramm geboten wird (Welcome Dinner, Empfänge im Rathaus und der Diplomatischen Akademie, Clubbing). Das offizielle Programm eröffnete

Staatssekretär Dr. Hans Winkler; im Rahmen der Closing Ceremony am letzten Tag der Konferenz verabschiedete Wissenschaftsminister Dr. Johannes Hahn die Teilnehmer und ehrte die "Best Speaker" der Konferenz.

"Veto" im Sicherheitsrat

Von Politikverdrossenheit der Jugend konnte bei der diesjährigen VIMUN keine Rede sein. Auf der Tagesordnung der VIMUN 2008 standen nämlich u.a. der Konflikt in Georgien, das Iranische Nuklearprogramm und die Menschenrechtssituation in Pakistan. Nach der Auswertung der von den Jugendlichen verhandelten Resolutionen, kann ganz allgemein gesagt werden, dass einerseits interessante Denkansätze erarbeitet wurden, andererseits die "Draft Resolution" des simulierten UN-Sicherheitsrats zu Georgien, sowie übrigens ein paar Tage später im "echten" Sicher-

heitsrat, bei der Abstimmung scheiterte. Dies ist vielleicht das beste Zeichen, wie ernst sich die "Jungdiplomaten" in ihre Rolle hineinversetzt haben. Mit dem "Moment der Erkenntnis", dass Diplomaten eben ihre Regierungen vertreten müssen und die UNO ihre Ideale nur soweit verwirklichen kann, wie die Staaten dazu bereit sind, führen die Teilnehmer also in ihre Heimatländer zurück.

Zurück in die Realität

Manche Teilnehmer setzen aber nach einer UNO-Simulationskonferenz wie der VIMUN ihre Karriere in Politik und Diplomatie fort. Nicht umsonst erwähnten bereits Staatspräsidenten mit Stolz, dass sie einmal Teilnehmer bei einer MUN waren. Und wer weiß, vielleicht waren auch bei der Vienna International Model United Nations 2008 zukünftige (reelle) Staatsoberhäupter vertreten. <<

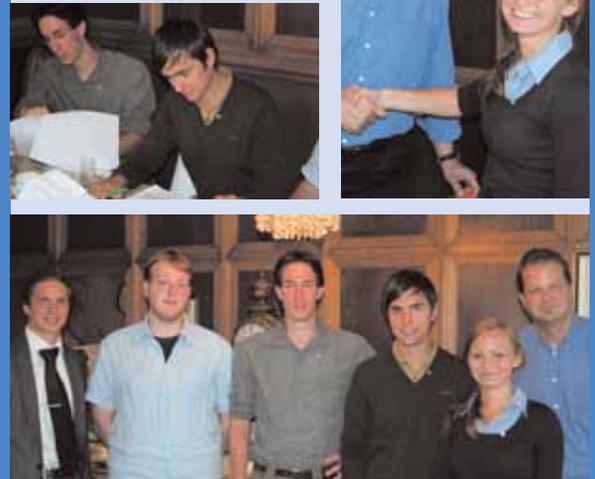


Wissenschaftsminister Dr. Johannes Hahn zeichnet die "Best Speaker" der VIMUN 2008 persönlich aus.

Participation at the European Forum Alpbach, 14 - 30 August 2008



General Assembly and Board Elections of AFA Salzburg at Café Tomaselli, 14 August 2008



Vienna International Model United Nations at the UN Office Vienna, 3 - 7 August 2008



Participation at the Summer Party of the Diplomatic Academy, 5 July 2008



Europe Forum Neumarkt at Forchtenstein Castle in Styria, 11 - 13 July 2008



